

neue ideengeschichtliche politikforschung

Hg.: Thomas Noetzel, Jörg Probst



Kai Schubert

Die Politik sozialistischer Staaten gegenüber Judentum, Holocaust und Israel

Ein Vergleich der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien
und der SBZ/DDR.

„neue ideengeschichtliche politikforschung – nip“ ist eine interdisziplinär angelegte Schriftenreihe am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte des Instituts für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Die Reihe versammelt vorrangig Studien, deren Fragestellung und Gegenstand das fächer- und medienübergreifende Potential ideengeschichtlicher Forschung verdeutlichen. Politische Themen finden besondere Berücksichtigung. Essays dieses Formats können von Wissenschaftlern aller Fachbereiche bei **nip** veröffentlicht werden.

Absolventen aller Fachbereiche können ihre sehr gute ideengeschichtliche Abschlussarbeit in geeigneter Form bei **nip** monographisch publizieren.

Inhalt

Einleitung 7

Antijüdische und israelfeindliche Politiken in der SBZ/DDR

- **Diskriminierung von Jüdinnen und Juden 10**
- **Positionierung der DDR zum Staat Israel 12**
- **Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur 15**

Exkurs: Zur Bedeutung der realsozialistischen Israel- und Judenbilder zum Verständnis des aktuellen Antisemitismus in (Ost)-Deutschland 18

Judentum, Zionismus und Holocaust in der Politik der FVJ

- **Diskriminierung von Jüdinnen und Juden 23**
- **Positionierung der Staatsführung zum Zionismus 24**
- **Vergangenheitspolitik 25**

Schluss 30

Literaturverzeichnis 34

Editorische Notiz der Herausgeber

Kai E. Schubert studierte Politikwissenschaft (B.A.), Judaistik und Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (M.A.) in Berlin und Potsdam. Als Politikwissenschaftler setzt er sich insbesondere mit dem Zusammenhang von Antisemitismus und Wahrnehmungen des Nahostkonflikts auseinander. Außerdem ist er als Lehrbeauftragter für die Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin tätig. Letzte Veröffentlichung: Aktueller Antisemitismus in deutschen Qualitätsmedien, in: Olaf Glöckner / Günther Jikeli (Hg.): Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute, Hildesheim 2019, S.133-150.

Einleitung

Antisemitismus, die Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden ist auch im 21. Jahrhundert ein andauerndes Problem in Europa. Bei der Betrachtung des aktuellen Antisemitismus fällt auf, dass die Diskurse in verschiedenen Ländern stark variieren.¹ Der Stellenwert „nationaler institutioneller Settings und Medienöffentlichkeiten“ und also auch der Einfluss der jew. politischen Kultur kann kaum überschätzt werden (Ullrich 2014: 105). Inwiefern ist diese Beobachtung auch für die Vergangenheit des 20. Jahrhunderts gültig, einer Zeit, in der sozialistische Weltanschauungen, denen zufolge der Nationalstaat langfristig zu überwinden sei, massenhafte und internationale Verbreitung fanden? Vergleichende Länderstudien zur Gedächtnisgeschichte der sozialistischen Staaten stellen noch weitgehend ein Forschungsdesiderat dar (Gerber 2009: 34f.). Im Folgenden werden die Erinnerungskulturen der DDR und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (FVJ) mithilfe der vergleichenden Methode untersucht (vgl. Salzborn 2009). Beide Gesellschaften verstanden sich als sozialistische und antifaschistische Staaten. Dies bildet das *tertium comparationis* (gemeinsame Eigenschaft als Grundlage) des Vergleichs. Den Erkenntnisgegenstand der vorliegenden Arbeit bildet die Rolle, die Judentum und der Holocaust² in den Erinnerungskulturen bzw. den „nationalen Gedächtnissen“ (vgl. Assmann 2006) der beiden Länder gespielt haben. Zu diesem Zweck werden durch qualitative Interpretation staatliche bzw. staatlich geförderte Gedenkpraxen und andere Maßnahmen analysiert.

¹ Der vorliegende Text ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung von Schubert (2017).

² Gemeint ist im Folgenden der genozidale Massenmord an den Juden. Der Begriff „Holocaust“ etablierte sich dafür im Westen nach der Ausstrahlung der gleichnamigen amerikanischen Fernsehserie 1979.

Die FVJ war nach ihrer Gründung nach dem Ende des zweiten Weltkriegs zunächst ein Teil des politischen Einflussbereichs der Sowjetunion. Dies prägte auch die ideologischen Grundpfeiler der Erinnerungskultur. Die 1945 gegründete FVJ unter Staatspräsident Josip Broz Tito strebte Unabhängigkeit und eine regionale Führungsrolle innerhalb des „Ostblocks“ an, was die Sowjetunion nicht akzeptierte, es kam schließlich 1948 zu einer Auflösung des Bündnisses (Schultz 2015: 278ff.). Die besondere Situation, in der sich Jugoslawien als sozialistisches Land ohne direkte Bindung an die UdSSR befand, ist der Ausgangspunkt der dargestellten Überlegungen. Durch einen Vergleich mit der DDR, welche sich zu diesem Zeitpunkt nach wie vor im Einflussgebiet der UdSSR befand, soll die Frage beantwortet werden, ob primär die „länderübergreifende Bindung an eine Weltanschauung“ (Gerber 2009: 35) das Verhältnis zu den Jüdinnen und Juden im Land sowie zur Shoah beeinflusste oder ob andere, regional spezifische Faktoren bedeutender waren. Die DDR wurde für den Vergleich gewählt, da sie nach wie vor unter dem Einfluss der UdSSR stand. Beide Gesellschaften mussten damit umgehen, dass ein Teil ihrer Bevölkerung an den Verbrechen an den Juden mitgewirkt hat, was sich auch in der Vergangenheitspolitik ausdrückte. Für die DDR liegt - im Gegensatz zur FVJ - bereits eine Vielzahl an Forschungsarbeiten vor, wodurch die Validität des Vergleichs erhöht wird. Die vorliegende Arbeit beschränkt sich auf die Zeit unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges 1944/45. Diese Phase kann als für die Entwicklung der Erinnerungskultur zentral angesehen werden: Wie gezeigt wird, beeinflussen in der Konsolidierungsphase beider Regime herausragende Ereignisse

die Erinnerungskultur signifikant. Der Untersuchungszeitraum endet 1952/53 mit der Analyse von Ereignissen, die für beide Länder jeweils besonders bedeutend sind.

Im folgenden Hauptteil werden zunächst die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) sowie die DDR und anschließend die FVJ einerseits in Hinblick auf staatlich vertretenen bzw. unterstützten Antisemitismus und die politische Haltung zum Zionismus bzw. zum Staat Israel und andererseits auf die gesamtgesellschaftliche Vergangenheits- und Erinnerungspolitik in Hinblick auf den Holocaust untersucht. Ein Exkurs thematisiert die Bedeutung potentieller Kontinuitäten der in der DDR vorherrschenden Juden- und Israelbilder bis in die Gegenwart. Ohne eine Analyse dieser, so die hier vertretene These, sei ein umfassendes Verständnis des derzeit wieder bedrohlich erstarkenden Antisemitismus in (Ost-)Deutschland nicht möglich. Im Schlussteil wird der eigentliche Vergleich zwischen SBZ/DDR und FVJ durchgeführt.

Antijüdische und israelfeindliche Politiken in der SBZ/DDR

- Diskriminierung von Jüdinnen und Juden

Die Sowjetunion hatte bis 1948 aus taktischen Gründen eine projüdische und -zionistische Haltung, die sich unter anderem in der Unterstützung der israelischen Staatsgründung äußerte (Bergmann 2010: 119). Dementsprechend vertrat auch die Staatspartei SED in der DDR bis 1950 eine proisraelische Position (Haury 2007: 286; vgl. Lein o.J.). Nachdem sich in den Jahren 1948/49 der Kalte Krieg deutlich abzuzeichnen begann und der Bruch mit der FVJ vollzogen war, herrschte in der Sowjetunion großes Misstrauen gegenüber „Abweichlern“. Die „Säuberungen“ innerhalb der Partei richteten sich zunächst gegen „Titoisten“. Im Zuge der Suche nach Feinden in den eigenen Reihen verstärkte sich jedoch auch das seit Ende der 1930er Jahre um sich greifende antisemitische Klima (Bergmann 2010: 119). Stalin etablierte eine antijüdische Politik, welche von anderen Ostblockstaaten übernommen wurde: Nachdem in der Tschechoslowakischen Republik im Dezember 1951 Rudolf Slánský und weitere jüdische Kommunisten verhaftet und im November 1952 wegen „Kosmopolitismus“ und „zionistischer Aktivitäten“ verurteilt und größtenteils hingerichtet wurden, kam es zu einer antijüdischen Kampagne im gesamten „Ostblock“, der zufolge Jüdinnen und Juden pauschal der Kollaboration mit dem „imperialistischen Systemfeind“ verdächtig waren. Wahrscheinlich plante Stalin auf dem Höhepunkt seines verschwörungsideologischen Wahns noch weitergehende Maßnahmen gegen die sowjetischen Juden wie etwa Massendeportationen (ebd.: 120).

Auch in der DDR war die veränderte Stimmung spürbar: Unter anderem wurde Paul Merker, ein nichtjüdischer Kommunist, der sich für eine Rückerstattung „arisierter“ Vermögens auch an bereits emigrierte Juden aussprach, bereits 1950 aus der SED ausgeschlossen und im November 1952 verhaftet. Gegen den von den Staatsorganen als „Judenknecht“ (zit. nach o.A. o.J.) bezeichneten Merker war ein Schauprozess unter anderem wegen „zionistischer Propaganda“ geplant. Bereits zuvor identifizierte die SED ein von „zionistischen Agenten“ geleitetes „imperialistisches Verschwörerzentrum“, wobei sie etwa auf die im Exil geführten Debatten remigrierter Kommunist*innen verwies, in denen die Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die NS-Verbrechen betont und die Legitimität des Zionismus sowie der „Wiedergutmachung“ im Kontext der Shoa diskutiert wurden (Krause 2006: 132). Die jüdischen Gemeinden galten der SED in dieser Zeit als „fünfte Kolonnen“ des „Imperialismus“ (Kessler 1997: 164ff.). Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR erfasste seit 1952 alle auf dem Staatsgebiet lebenden Jüdinnen und Juden in einer Kartei. Seit Ende des Jahres wurden die Büros der Gemeinden vom Staatssicherheitsdienst durchsucht (Bergmann 2010: 121). Daneben kam es zu Hausdurchsuchungen bei den Behörden bekannten Jüdinnen und Juden sowie Beschlagnahmungen von Ausweisdokumenten (Ostow 1990: 336). In der Folge flohen hunderte Jüdinnen und Juden aus der DDR. Erst mit Stalins Tod 1953 und der Rehabilitierung der Verfolgten durch die SED begann sich das Verhältnis zwischen den jüdischen Gemeinden und der Staatsführung der DDR wieder langsam zu entspannen.

- Positionierung der DDR zum Staat Israel

In Bezug auf den Staat Israel vollzog auch die DDR die Abkehr von der dem jungen jüdischen Staat wohlwollend gegenüber auftretenden UdSSR. Es bildete sich eine eindeutig anti-israelischen Haltung in der DDR heraus: Auch wenn das Existenzrecht des jüdischen Staates nicht explizit geleugnet wurde, fand regelmäßig, insbesondere während des und nach dem Sechs-Tage-Krieg zwischen Israel und arabischen Staaten 1967 eine völlig einseitige Wahrnehmung des Konfliktgeschehens zuungunsten Israels statt. Der jüdische Staat wurde regelmäßig mit Vergleichen und Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus dämonisiert. Geäußert wurde die Propaganda durch Politiker, in Medien (z.B. der Fernsehsendung „Der schwarze Kanal“), sogar in Kinder- und Jugendliteratur (Gaubert 2018). Israel wurde etwa vorgeworfen eine „Endlösung der Palästinenserfrage“ zu betreiben, eine Anspielung an die Formulierung „Endlösung der Judenfrage“, mit der die Nationalsozialisten euphemistisch die Politik der Judenvernichtung beschrieben. Des Weiteren wurde der Nahostkonflikt zwischen dem Staat Israel einerseits und den palästinensischen Araber*innen sowie den arabischen Staaten andererseits vor dem Hintergrund des antiimperialistischen Weltbilds der realsozialistischen Ideologie dichotom und manichäisch gedeutet: Hier kämpfte Israel, ein, wie es hieß, „künstlicher Staat“ und ein „Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten“, der folglich das Böse darstellte, gegen das edle, unterdrückte und echte arabische „Volk“.

In der permanenten, als obsessiv zu charakterisierenden Gleichsetzung Israels mit NS-Deutschland drückte sich in der DDR

als faktisch postnazistischer Gesellschaft ein vehementer Schuldabwehr-Antisemitismus aus: Die Gleichsetzung beinhaltet eine Täter-Opfer-Umkehr, da der Staat (auch) der Überlebenden der Shoah und ihrer Nachkommen nun als Wiedergänger des NS dargestellt wird. Die Gleichsetzung ist außerdem inhaltlich absurd: Die israelische Regierung exekutiert keine rassistische Ideologie der „Volksgemeinschaft“, stellt das Feindbild Araber*innen nicht in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns und setzt nicht, wie der NS, den gesamten Staat zur Exekution einer Vernichtungspolitik ein, die auf einen Genozid abzielt. Durch die Gleichsetzung wird also die Kriegsführung Israels derealisiert und maximal dämonisiert, die Vernichtungspolitik der Nazis dagegen verharmlost und dadurch relativiert. Die NS-Verbrechen verlieren somit außerdem ihren geschichtlich einzigartigen Charakter und werden trivialisiert.³ Die Dämonisierung Israels durch offizielle Organe der DDR dauert nach 1967 an und erreichte mit dem Libanon-Feldzug Israel 1982 einen weiteren Höhepunkt. Zusammenfassend ist der spätstalinistische Antizionismus „unverkennbar eine Variante des ‚klassischen‘ modernen Antisemitismus“ (Haury 2019: 37).

Eine israelische Botschaft gab es wenig überraschend in der DDR zu keinem Zeitpunkt, stattdessen eröffnete die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO in Ostberlin 1973 ein Verbindungsbüro, das später als „Botschaft“ Palästinas fungierte. Die Politik der PLO hat nach den 1990er Jahren zwischenzeitlich eine

³ Sehr ähnliche ideologische Muster und z.T. wortgleiche Dämonisierungen können in der westdeutschen radikalen Linken beobachtet werden, in sich das zuvor herrschende meist positive, z.T. verklärende Israelbild 1967 grundlegend wandelte und in der sich in den 1970er Jahren ein antizionistischer Konsens bildete.

gewisse Mäßigung gegenüber Israel entwickelt. Zum Zeitpunkt der Annäherung von DDR und PLO kann sie klar als antizionistische Terrororganisation bezeichnet werden: Der von der PLO 1968 veröffentlichten „Palästinensische Nationalcharta“, kann das politische Selbstverständnis der Organisation entnommen werden.⁴ „Palästina“ sei demzufolge eine unteilbare Einheit innerhalb der Grenzen des ehemaligen britischen Mandatsgebiets (Art. 2), was die Gebiete, auf denen sich der Staat Israel befindet, einschließt. Die zionistische Idee eines jüdischen Staates lehnt die PLO völlig ab, der „Zionismus in Palästina“ solle ausgetilgt werden (Art. 15). Juden seien nämlich keine Nation, sondern lediglich eine Religion (Art. 20). Es gebe keine tatsächliche historisch gesicherte Verbindung der Juden zu Palästina. Außerdem sei die Teilung Palästinas und die Gründung des jüdischen Staates „völlig illegal“ und Unrecht an den Palästinensern (Art. 19). Alle als „Kolonisatoren“ gekommenen Juden müssten das Land daher verlassen. Man setze auf den bewaffneten Kampf, dieser sei „der einzige Weg zur Befreiung Palästinas“ (Art. 9). Dies schloss in der Geschichte Verbrechen an Zivilist*innen, etwa Anschläge auf zivile Orte oder Flugzeugentführungen ein. Der PLO-Vorsitzende, der spätere Friedensnobelpreisträger Yassir Arafat, wurde wie ein Staatsmann durch Walther Ulbricht empfangen. Die DDR unterstützte die Kriegsgegner Israels (v.a. Syrien) logistisch, mit Know-How sowie Waffenlieferungen und führte auch auf diesem Weg „unerklärte Kriege“ gegen Israel (Herf 2019).

⁴ Die Palästinensische Nationalcharta ist auf der Website der offiziellen diplomatischen Vertretung Palästinas in der Bundesrepublik verfügbar:
https://palaestina.org/uploads/media/palaestinensische_nationalcharta.pdf.

- Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur

In der SBZ „dominierte anfangs eine hilfsbereite Haltung gegenüber den jüdischen NS-Opfern“ (Bergmann 2010: 119). Für eine kurze Zeit zwischen der Kriegsende und dem Anschwellen des Kalten Krieges gab es im „Ostblock“ „zaghafte Versuche, den Nationalsozialismus aus der Perspektive der jüdischen Katastrophe wahrzunehmen“ (Gerber 2009: 12f.; vgl. Fache 2008). Führende Kommunist*innen verwiesen auf die Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die NS-Verbrechen. Diese Entwicklung wurde jedoch bereits nach wenigen Jahren gestoppt: 1948 setzte mit der Konstituierung als „Partei neuen Typs“ bereits die Stalinisierung der SED ein. Für diese hatte die Entwicklung einer nationalen ostdeutschen Identität politische Priorität, was eine schonungslose Aufarbeitung der NS-Verbrechen, welche mit der Zustimmung oder Duldung der Mehrheit der Deutschen durchgeführt wurden, verhinderte. Etabliert wurde eine Geschichtsdeutung, derzufolge das deutsche Volk im Wesentlichen als Opfer des NS galt, welches „verführt“ bzw. „missbraucht“ wurde (Herbert 2014: 603). Westdeutschland sei als die alleinige Nachfolgegesellschaft des „Dritten Reiches“ zu betrachten, dementsprechend seien Aufarbeitungs- und Entschädigungsforderungen ausschließlich an sie zu richten. Die Entnazifizierung in der DDR, obgleich mit größerer Konsequenz als in Westdeutschland durchgeführt, wurde bereits 1948 beendet. Die Themen Judentum und Holocaust kamen in der Literatur der DDR, zumal in den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung, kaum vor (Noll 2009: 1037f.; vgl. Schmidt 2006). Spätestens 1952 wurden Stillschweigen und Desinteresse zu den vorherrschenden Haltungen in Bezug auf die Aufarbeitung des Holocaust durch (Gerber

2004: 31, vgl. 46). Dieser wurde ein „Nicht-Thema“ im „Ostblock“.⁵

*„Die besondere Härte, die die Nazis den KommunistInnen nach der Machtübernahme zuteilwerden ließen, verbunden mit der Tatsache, dass die Judenverfolgung erst mit dem Novemberpogrom 1938 offen gewalttätige Züge annahm, bestärkte sie [die Kommunist*innen, K.S.] in ihrer eigenen Deutung als Hitlers vorrangiges Opfer.“* (Graf 2012: 135)

Die vorherrschende politische Einordnung des NS als „deutscher Faschismus“, der in erster Linie als ein vom Großkapital unterstützter Angriff auf die Arbeiterbewegung gedeutet wurde, war nicht in der Lage, Antisemitismus als zentralen Bestandteil des nationalsozialistischen Weltbilds zu erfassen: „Auschwitz wurde als grausames und barbarisches, aber dennoch eher nebensächliches Phänomen ‚des deutschen Faschismus‘ betrachtet“ (Gerber 2004: 46; Herv. im Orig.). Durch die Abschaffung des Kapitalismus sei die Wurzel des Faschismus beseitigt, was die Herrschaft der SED legitimieren sollte und eine weitergehende „Wiedergutmachung“ überflüssig mache. Entschädigungszahlungen und Rückgaben zuvor „arisierten“ Eigentums fanden nicht statt, auch weil Jüdinnen und Juden von der SED unter Rückgriff auf antisemitische Stereotype häufig der Gruppe der „Monopolkapitalisten“ zugerechnet wurden. Konsequenterweise wurden Jüdinnen und Juden – insofern sie in der DDR lebten – neben anderen Gruppen zwar als „Opfer des Faschismus“ anerkannt und

⁵ Gerber 2009: 17. Dies war freilich in Westdeutschland nicht grundsätzlich anders.

erhielten Rentenzahlungen.⁶ Diese waren jedoch geringer als bei der Gruppe der kommunistischen „Kämpfer gegen den Faschismus“. Die Notwendigkeit für ein spezifisches und hervorgehobenes Gedenken an die jüdischen Opfer als Jüdinnen und Juden wurde nicht gesehen, den während des NS verfolgten Gruppen wurde gemeinsam am „Tag der Opfer des Faschismus“ (zweiter Sonntag im September) gedacht. Der jüdische Widerstand gegen den NS wurde „weitesgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verbannt.“ (Müller 2008) Die Erinnerungskultur der DDR hatte in der Folge wenig Berührungspunkte mit dem real existierenden Judentum. Der Umgang der DDR mit Jüdinnen und Juden zeichnete sich durch „Ignoranz gegenüber einer selbstbestimmten Behauptung politischer und jüdischer Identität“ aus.⁷ Stefan Meining (2016: 190) bilanziert die Beziehungsgeschichte der DDR und Israel dahingehend, dass „für die gesamte Existenz“ der DDR „festgestellt werden [müsse], dass den meisten Funktionären auf allen Ebenen des SED-Machtapparates jegliches Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Juden und dem jüdischen Staat fremd war“. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die SED

„ein in den zwanziger und dreißiger Jahren ausgebildetes Bild von Juden, Judentum und Zionismus [konservierte], das – antisemitische Einstellungen inbegriffen – in ihrem Weltbild jedoch eine Nebenrolle spielte und die Lösung dieser Frage der sozialistischen Gesellschaft überantwortete.“ (Graf 2012: 127f.; vgl. Kistenmacher 2016)

⁶ Dies stand in der unmittelbaren Nachkriegszeit jedoch keineswegs fest. Vgl. zur Nieden 2003: 40-61.

⁷ Rachow o.J.: 73; vgl. Völter 2001. Eine besonders kuriose Blüte in diesem Zusammenhang stellt die Umdeutung des Aufstands der Einwohner des Warschauer Ghettos gegen die deutschen Besatzer als Kampf gegen den Zionismus im Jahr 1953 dar. Vgl. Meckl 2000: 99f.

Exkurs: Zur Bedeutung der realsozialistischen Israel- und Judenbilder zum Verständnis des aktuellen Antisemitismus in (Ost-)Deutschland

Monika Gibas (2009: 147) beschreibt es als „evident“, dass „die Sozialisationsinstanz Marxismus-Leninismus“ bei den Bürger*innen der DDR Spuren hinterlassen hat. „Sie hat sich (...) zu spezifischen Bewusstseins-, Verhaltens- und Denkweisen von Menschen materialisiert“ (ebd.). Das „Erbe der DDR als post-nationalsozialistische Gesellschaft“ spiele „bislang im vereinigten Deutschland oft nur undeutlich eine Rolle“, wie die Einleitung eines aktuellen Sammelbands zum Erbe der DDR bemerkt (Heitzer u.a. 2018: 14).

„[D]as von der SED verordnete Weltbild“ habe in Bezug auf verbreitete Israelbilder eine „verstärkende und bestätigende Wirkung auf [in der Bundesrepublik] verbreitete Ressentiments“ auch über das Ende der DDR hinaus, schreibt Wolfgang Benz (2018b: 264). In Bezug auf die die Shoah relativierende und schuldabwehrende Facette des DDR-Antizionismus vermutet er: „Der besondere Erfolg des Rechtspopulismus auf dem Territorium der ehemaligen DDR beruht auch darauf, dass die antizionistische Propaganda für diesen Aspekt des Antisemitismus den Boden bereitet hat (...)“ (ebd.: 270). Die Partei Alternative für Deutschland inszeniert sich allerdings v.a. als solidarisch mit dem Staat Israel (Grimm 2019, Schreiter 2019), z.B. durch die Mitgliedschaft der Fraktion im Freundeskreis Israel im Landtag Brandenburg. Benz` Hinweis darauf, dass „[d]ie Diffamierung der Idee des Zionismus“ zum „wirkmächtigen Erbe der DDR“ gehöre und auch

innerhalb der AfD anzutreffen ist, ist angesichts dessen wichtig (Benz 2018b: 271).

Institutionelle Kontinuitäten des Antizionismus betreffen potentiell vorrangig die Partei „Die Linke“, die u.a. aus der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS), einer Nachfolgepartei der SED, zusammensetzt. Innerhalb der Partei existieren Gelegenheitsstrukturen für israelbezogenen Antisemitismus (Kloke 2019). Dieser scheint vorrangig von westdeutschen Personen und Parteigliederungen auszugehen, Prominente Vertreter*innen, die dezidiert dagegen Stellung nehmen (z.B. die Bundestagsabgeordnete Petra Pau) kommen z.T. selbst aus der DDR. Dennoch scheint hier ein Hauptproblem darin zu bestehen, dass antiisraelische Positionen auf wenig bis keinen Widerspruch, geschweige denn Sanktionen durch etwa den Parteivorstand stoßen. In anderen Kontexten, in denen eine (institutionelle) Kontinuität zu DDR gegeben ist, ist auch der Zusammenhang zum Feindbild Israel deutlich sichtbar. Dies gilt etwa für die Tageszeitung „Junge Welt“, dem ehemaligen offiziellen Medium der „Freien Deutschen Jugend“ der DDR, die auch aktuell noch erscheint, sowie, in schwächerer Form, für die Tageszeitung „neues deutschland“, dem ehemaligen Organ der SED. Angesichts der hier angesprochenen Problematik wäre eine detailliertere Erforschung der von Benz erwähnten möglichen Kontinuitäten sehr wünschenswert.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Antisemitismus in Ostdeutschland ist auf die Schließung dieser Forschungslücken angewiesen. Zu den Standards der politischen Bildung gehört auch die Adressat*innen-Orientierung, eine Bearbeitung des

Themas Antisemitismus in Bildungskontexten muss pädagogisch am subjektiven Sinn antisemitischer Israel- und Judenbilder für ihre Träger*innen ansetzen, die erwartbar andere von in der DDR sozialisierten (sowie u.U. auch deren Nachkommen) sind. In der DDR kam eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Judentum etwa im Schulunterricht ebenso wenig vor wie die Shoah. Dementsprechend gering dürfte auch das explizite Wissen darüber gewesen sein.

Demoskopische Studien, die rechtsextreme Einstellung in der deutschen Bevölkerung messen, fragen regelmäßig auch nach der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen. Interessanterweise werden in der Zeit nach 1990 in der Regel geringere Zustimmungswerten in Ostdeutschland berichtet, in Studien der letzten Jahre ist ein signifikanter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen nicht mehr feststellbar oder er ist schwach.⁸ Allerdings haben derartige Studien lange Zeit lediglich klassische Formen des Antisemitismus überhaupt abgefragt. Modernisierte Varianten, wie etwa der israelbezogene Antisemitismus wurden bislang nur in einzelnen Erhebungen berücksichtigt. In der neuesten sog. „Mitte“-Studie ist dies jedoch der Fall: Israelbezogener Antisemitismus weist in dieser Umfrage von 2018/19 allgemein 23,7 Prozent Zustimmung der Teilnehmer*innen auf, Ost-West-Unterschiede sind statistisch nicht signifikant (Zick/Berghan/Mokros 2019: 85f.). Standardisierte, quantitativ ausgerichtete Sozialforschung, denen die erwähnten Studien zuzurechnen sind, kann jedoch über die individuellen Begründungen für eine Zustimmung oder Ablehnung zu den abgefragten

⁸ Vgl. die Auswertung aller relevanten Studien durch Zick et al. (2017): 50-53.

Phänomenen keine Aussage treffen. Nicht auszuschließen ist daher, dass, obwohl kaum Unterschiede im quantitativen Ausmaß der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in West- und Ostdeutschland feststellbar sind, sich die Assoziationen der Teilnehmer*innen und die durch die Fragen aufgerufenen Juden- und Israelbilder qualitativ unterscheiden.

Für das ostdeutsche Bundesland Brandenburg liegt eine ausführliche Analyse der zivilgesellschaftlichen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) vor, die auf eine für Ostdeutschland bislang einzigartige Quellenlage zurückgreift (Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V./Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. 2019). RIAS nimmt Meldungen antisemitischer Vorfälle durch Betroffene und Zeug*innen entgegen. Die Fälle werden auch inhaltlich ausgewertet. Im Bericht wurden die zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Brandenburger Polizei bekannt gewordenen Vorfälle dargestellt. Von 2014 bis 2018 gab es 408 Vorfälle, die die Arbeitsdefinition des Antisemitismus von RIAS erfüllen. Diese wurden den Erscheinungsformen des Antisemitismus zugeordnet.

Die geringe Zahl von 16 Markierungen als „israelbezogener Antisemitismus“ (Möglichkeit der Mehrfachzuordnung war gegeben) ist bemerkenswert. Auch konnte anders als in den RIAS-Problembeschreibungen für die Bundesländer Bayern, Berlin oder Hessen „in Brandenburg auch keine statistisch signifikante Auswirkung kriegerischer Auseinandersetzungen im Nahen Osten“ (wie im Sommer 2014) festgestellt werden (ebd.: 52). Die Polizei ordnete dem Themenfeld „Israel-Palästina-Konflikt“ im Untersuch-

ungszeitraum keinen Fall zu. RIAS führte in Brandenburg jedoch auch eine Interview-Studie mit 12 Vertreter*innen jüdischer Organisationen und Gemeinden durch. In vier dieser Interviews berichten die Befragten von Vorfällen, die als israelbezogener Antisemitismus zu werten sind. Das systematische zivilgesellschaftliche Antisemitismus-Monitoring von RIAS existiert allerdings auch erst seit 2019 in Brandenburg, somit hat die Verkleinerung des Dunkelfelds antisemitischer Vorfälle erst begonnen. Viele Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus erfüllen auch keine Straftatbestände bzw. werden nicht immer von der Polizei angemessen bewertet. Die Bereitschaft zur Strafanzeige ist auch deswegen bei Betroffenen nicht sehr ausgeprägt. Insofern sollte das RIAS-Lagebild nicht als „Entwarnung“ in Bezug auf israelbezogenen Antisemitismus verstanden werden, vielmehr sind die Bundesländer gefordert, endlich wissenschaftliche Detailstudien über die regionalen Verhältnisse in Bezug auf Antisemitismus in Auftrag zu geben und zu finanzieren.

Judentum, Zionismus und Holocaust in der Politik der FVJ

- Diskriminierung von Jüdinnen und Juden

Die antijüdischen Gesetze aus der Zeit der deutschen Besatzung Serbiens und des „halbfaschistischen“ (Bauerkämper 2006: 165), mit den Achsenmächten kooperierenden „Unabhängigen Staates Kroatien“ (kroatisch: Nezavisna Država Hrvatska, Abkürzung: NDH) auf dem ehemaligen Gebiet der FVJ wurden direkt nach der Befreiung aufgehoben. Die neue Regierung beschloss ein Gesetz zur Bestrafung von „racial and religious hatred“ (Kerckänen 2001: 93). Einerseits sicherte die FVJ ihren Bürger*innen das Recht auf freie Ausübung ihrer Religion zu, andererseits wurde Religion an sich von der marxistisch-leninistischen Staatsführung, wie in anderen sozialistischen Staaten auch, als etwas zu bekämpfendes angesehen (ebd.: 84ff., 95). Die Jüdinnen und Juden wurden als nationale ethnische Minderheit betrachtet.⁹ Ihnen wurde freie Selbstorganisation zugesichert, tatsächlich unabhängig und frei von Überwachung und Beeinflussung waren jüdische Organisationen jedoch nicht (Kerckänen 2001: 96). Der Kontakt mit dem World Zionist Congress war ihnen untersagt (ebd.: 44). Für den Zeitraum von 1945 bis 1967 ist in Jugoslawien kein staatlich unterstützter Antisemitismus festzustellen.¹⁰ Karin Hofmeisterová (2016: 270) beschreibt die Einstellung des Staates zur jüdischen Gemeinschaft und ihren Organisationen als „von Anfang an relativ wohlwollend“.

⁹ Calic 2010: 182. Neben dem daraus folgenden partiellen Schutz hatte dies vor allem nach dem Zusammenbruch des multiethnisch-staatsbürgerlich verfassten Jugoslawiens erhebliche negative Folgen. So ist den Juden heute etwa in Bosnien-Herzegowina, wie auch den Roma, die gleichberechtigte Beteiligung am politischen Prozess verstellt. Vgl. Markowitz 2012.

¹⁰ Kerckänen 2001, S. 201f.. Für einen umfassenden und nach den jugoslawischen Teilrepubliken aufgeschlüsselten historischen Überblick vgl. Frank 2010.

- Positionierung der Staatsführung zum Zionismus

Auch wenn die Rolle der Ideologie als Einfluss auf die Nahostpolitik sozialistischer Staaten nicht überschätzt werden darf, sind die Positionen der FVJ diesbezüglich dennoch bemerkenswert. Die Angaben der Forschungsliteratur offenbaren ein – verglichen mit den anderen sozialistischen Staaten – schillerndes Verhältnis der Staatsführung zum Zionismus und zu Israel. Die jugoslawischen Kommunisten waren seit der Zwischenkriegszeit mehrheitlich antizionistisch eingestellt (Kerckänen 2001: 44). Jugoslawien stimmte abweichend von den anderen „Ostblockstaaten“ gegen die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat (Bachmann 2011: 119). Nachdem die UdSSR 1948 Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei an die Jüdinnen und Juden in Palästina zugestimmt hatte, welche über Jugoslawien verschifft werden sollten, weigerte sich Staatspräsident Tito zunächst (ebd.). Erst nachdem Stalin Druck ausübte, wurde Jugoslawien zum wichtigsten Zwischenstopp der Waffenlieferungen nach Palästina (ebd.). Andererseits habe die Staatsführung bereits seit 1944 ihr Wohlwollen gegenüber der zionistischen Bewegung signalisiert (Kerckänen 2001: 93). Staatschef Tito betonte persönlich seine Unterstützung der israelischen Staatsgründung und der jüdischen Auswanderung (ebd.: 96). Zwischen 1948 und 1952 herrschte in Jugoslawien eine „relatively liberal emigration policy“ (ebd.: 214). Die Gründung des Staates Israel 1948 und die politische Hinwendung der Staatsführung zu den arabischen Staaten, die wiederholt Kriegsgegner*innen Israels werden sollten, beeinflusste das staatliche Verhältnis zu den Juden bemerkenswerterweise offenbar nicht (Hofmeisterová 2016: 270f.) Die Möglichkeit, nach

Israel auszuwandern, nahm ungefähr die Hälfte der jugoslawischen Jüdinnen und Juden war, auf die verbleibenden wurde kein Druck ausgeübt, das Land zu verlassen (Kerenji 2008: 176). In den 1950er Jahren konnten Jüdinnen und Juden aus angrenzenden „Ostblock“-Staaten über Jugoslawien nach Israel fliehen (Kerckänen 2001: 214).

- Vergangenheitspolitik

„Bis zum Bruch mit Stalin und z.T. noch darüber hinaus war die KPJ [= Kommunistische Partei Jugoslawiens, K.S.] eine durch und durch stalinistische Partei.“ (Sundhaussen 2013: 39) Der Konflikt mit der Sowjetunion gründete nicht in ideologischen Differenzen, sondern darin, dass sich die KPJ den Direktiven aus Moskau nicht unterwerfen wollte (ebd.). Bereits seit den Zeiten des Partisan*innen-Krieges hatte es Spannungen zwischen Tito und der sowjetischen Führung gegeben (Schultz 2015: 276ff.). Nach ihrem Zerwürfnis mit der UdSSR war die KVJ nicht mehr Teil des „Ostblocks“. Zwar zog sich die Entstalinisierung der KPJ in der Folge hin, es kam jedoch zu einem Methodenwandel in der Politik hin zu einem weniger autoritär auftretenden Staat (Sundhaussen 2013: 40).

Zu einer umfassenden und kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit kam es in Jugoslawien nicht (ders. 1995: 81). Die Aspekte der Vergangenheit, die Kontroversen unter den jugoslawischen Nationen auslösen hätten können, waren tabuisiert (ebd.). Veröffentlichungen über die Zeit des zweiten Weltkrieges, etwa zum NDH, hatten nach dem Krieg jahrzehntelang politisch-programmatischen Charakter und waren von „Abrechnungsrheto-

rik“ geprägt; wissenschaftliche Arbeiten blieben zunächst gänzlich aus (Melčić 2007: 547). Das die Herrschaft der KPJ legitimierende Gründungsnarrativ Jugoslawiens basierte auf dem Partisanenkampf gegen die deutschen Besatzer und die im NDH herrschenden Ustaše, an dem diverse ethnische Gruppen beteiligt waren. Im zentralen KZ-Komplex des NDH in Jasenovac wurden jedoch vor allem Serb*innen, Jüdinnen und Juden sowie Romnija und Roma aus rassistischen Gründen ermordet, Widerstandskämpfer*innen bildeten eine Minderheit unter den Opfern. Die dortigen Geschehnisse ließen sich somit nicht in die heroische Erzählung vom Partisanenkampf integrieren. Die Folge war ein „stark simplifizierte[r] Umgang mit der Vergangenheit“, der dem jugoslawischen Gründungsmythos entsprach (Vulesica 2009: 329f.). Die nationale oder religiöse Zugehörigkeit der Opfer wurde im offiziellen Erinnern marginalisiert (Radonic 2008: 284). Die Verbrechen an den Serb*innen, deren Todeszahlen im NDH zu den höchsten in Europa während des zweiten Weltkrieges zählen und die zumindest einem Genozid ähnelten (Dulić 2006: 273ff.), dominierten die offizielle Erinnerungskultur in der FVJ. Den Themen Holocaust und Antisemitismus kam keine gesonderte Bedeutung zu (Vulesica 2013: 108). Rückgaben von durch den NDH und die Besatzungsmächte beschlagnahmtem jüdischem Eigentum wurden offenbar regional unterschiedlich gehandhabt: In Serbien kam es zu entsprechenden Rückerstattungen, in Kroatien jedoch nicht (Frank 2010: 90).

Bereits vor der Gründung der FVJ kam es im befreiten Belgrad am 2. Dezember 1944 zu einem Gottesdienst in der neu eröffneten Synagoge unter Anwesenheit von Vertreter*innen des als Kriegs-

parlament fungierenden Antifaschistischen Rats der Nationalen Befreiung Jugoslawiens und der neuen kommunistischen Regierung (Madžar/Obrenić 2013: 11). Dies war eine Ehrbekundung der Regierung gegenüber den Opfern der Shoa und unterstrich darüber hinaus den von ihr vertretenen Wert der Freiheit des religiösen Bekenntnisses (Tepavčević 2013: 43). 1948 wurde ein Museum für jüdische Geschichte in Belgrad eröffnet. Im Sommer 1952 widmete die Föderation jüdischer Gemeinden fünf Denkmäler in den Städten Belgrad, Zagreb, Sarajevo, Novi Sad und Đakovo in den drei größten jugoslawischen Republiken Serbien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina den „jüdischen Opfern des Faschismus“ (Kerenji 2008: 180ff.). Zur Finanzierung der Denkmäler bat die Föderation Bürger*innen und Organisationen um Spenden. Diese ermöglichten schließlich das Vorhaben und zeigen auch die Akzeptanz durch die Staatsführung auf (ebd.: 209): So wurden größere Spenden von den Volksrepubliken Serbien und Kroatien geleistet (Madžar/Obrenić 2013: 17). Auf den Veranstaltungen im Rahmen der zwei Wochen dauernden Kampagne sprachen neben anderen Vertreter*innen gesellschaftlicher Organisationen hochrangige Staats- und Parteifunktionäre bis hin zu Regierungsministern und Vertretern der obersten Gerichte. Ausländische Delegationen wohnten den Einweihungen bei ebenso wie die Jugoslawische Volksarmee, welche Ehrenschüsse abgab (Kerenji 2008: 218). Die Ereignisse wurden in den Medien breit diskutiert.

Einerseits bedienten diese Denkmäler, die im Gegensatz zu anderen auf jüdischen Friedhöfen und also abseits zentral gelegener Plätze errichtet wurden, durch ihre Gestaltung das

sozialistische Narrativ des Widerstands, des Kampfes für nationale Befreiung sowie der „Brüderlichkeit und Einheit“, indem sie den „Opfern des Faschismus“ und den „jüdischen Kämpfern“ gewidmet waren. Allerdings stellt bereits die Spezifizierung als „jüdische Opfer“ eine Abweichung von anderen jugoslawischen Gedenkveranstaltungen dar, bei denen ethnische Bezeichnungen streng vermieden wurden (Madžar/Obrenić 2013: 17). Andererseits verwiesen andere Elemente¹¹ der Denkmäler auf einen spezifisch jüdischen, nicht-sozialistischen Erinnerungsdiskurs: So beinhaltete das Belgrader Denkmal etwa eine Menorah und einen Davidstern (wie auch bei Denkmal in Novi Sad) sowie das bei jüdischen Gräbern traditionell übliche hebräische Akronym „תנצבה“. Während der Enthüllungszeremonie wurden die Charta über die Errichtung des Denkmals sowie eine Liste von Opfern des Faschismus auf dem Gebiet Kroatiens in einem Sarg begraben, was auf die jüdische Tradition verweist, religiöse Texte und solche, die den Gottesnamen beinhalten, zu begraben (Madžar/Obrenić 2013: 21). Bei der Gedenkveranstaltung in Novi Sad spielte das Militärorchester neben der jugoslawischen auch die israelische Nationalhymne *Hatikva* (ebd.: 27). Der Stein, aus dem das Denkmal in Sarajevo besteht, kann als Verweis auf die Klagemauer in Jerusalem oder aber das Erscheinungsbild sephardisch-jüdischer Gräber interpretiert werden (vgl. ebd.: 31; Kerenji 2008: 212).

Alle diese Elemente „were meant to stress the Jewishness of the victims, and reinforce the Jewish character of the monuments, even as most of their Jewish connotations escaped non-Jewish

¹¹ Für Bildmaterial vgl. Madžar/Obrenić 2013: 21f., 25, 27, 29, 31f., sowie Kerenji 2008: 223ff.

audiences." (Kerenji 2008: 213) Die jüdischen Motive „constituted a basis for a new Yugoslav Jewishness, one based around a culture of commemoration and remembering the tragedy, one embracing a connection to the wider Jewish destiny while being embedded in the new Yugoslav reality." (ebd.: 221f.) Bereits seit 1947 hatte es verschiedene, unkoordinierte kleinere Einweihungsveranstaltungen von Denkmälern gegeben, auch hier waren Vertreter der Volksbehörden und der Armee anwesend (Madžar/Obrenić 2013: 13f.). Die KPJ konnte durch ihre Unterstützung für die Denkmäler die Unabhängigkeit der FVJ von der Sowjetunion demonstrieren (Kerenji 2008: 216). Um die Akzeptanz der staatlichen Autoritäten zu erlangen, aber auch der Überzeugung vieler Mitglieder der jüdischen Gemeinden entsprechend - ungefähr jeder vierte überlebende Jude in Jugoslawien hatte am Partisanenkampf teilgenommen (Vulesica 2006) -, waren die Denkmäler in das sozialistische Widerstandsnarrativ eingebettet (Kerenji 2008: 221; vgl. 214). Damit wurden, was auch später länderübergreifend selten passieren sollte, Jüdinnen und Juden nicht lediglich als passive Opfer, sondern auch als aktiv Widerstand leistende dargestellt. Die Gedenkveranstaltungen markieren ein „watershed event“ für das jugoslawische Judentum: Die Vorsitzenden der Föderation sahen in ihnen den Impuls für eine neue Phase in der Existenz der jüdischen Gemeinden (Kerenji 2008: 180, 208). Die Gedenkveranstaltungen in 1952 stellen „ein einzigartiges Ereignis nicht nur in Jugoslawien, sondern in der ganzen Welt der 1950er Jahre“ dar (Madžar/Obrenić 2013: 17).

Schluss

Auch wenn nicht ideologische Differenzen zur Entfremdung der FVJ von der UdSSR führten, ermöglichte die Trennung von der Weltmacht den Bürger*innen Jugoslawiens in der Folge ein freieres Leben als in den „Ostblock“-Staaten. Insbesondere für die Jüdinnen und Juden Jugoslawiens erwies sie sich als Glücksfall, da die sowjetischen antijüdischen Kampagnen Jugoslawien so nicht erreichten. Zum relativ entspannten Verhältnis zwischen der Staatsführung und den jüdischen Gemeinden trugen weitere Faktoren bei. Offenbar existierte etwa „in Kroatien innerhalb der Bevölkerung eine stärkere Polarisierung für oder gegen die Ustascha“ als in Österreich und Deutschland für den NS (Radonic 2004; vgl. Sundhaussen 1995: 79). Die politische Führung der FVJ hatte aus diesem Grund nicht im gleichen Maß wie die DDR das Problem, dass sie für ihre „eigentlichen“ sozialistischen und antifaschistischen politischen Positionen wenig bis keinen Rückhalt in der eigenen Bevölkerung hatte und *deshalb* die Erinnerungskultur auf Verdrängung und Nichtthematisierung der Shoa basieren musste. Hinzu kamen unbewusst tradierte, zum Teil subtile antisemitische Stereotype, welche in der kommunistischen Bewegung Deutschlands offenbar historisch stärker als in derjenigen Jugoslawiens verankert waren. Da die Jüdinnen und Juden in der FVJ nicht nur als religiöse, sondern auch als ethnische Gruppe gesehen wurde, gelang es, die Erinnerung an die Verbrechen des Holocaust in das kommunistische Narrativ zu integrieren. In der DDR wurde das Judentum als religiöse Minderheit betrachtet. Der seit Jahrzehnten ausgeprägte Nationalismus der KPD in Verbindung mit einem Staatsvolk, das bis vor kurzem noch eine „Volksgemeinschaft“ bildete, in der ein „antijüdischer Konsens“

(Bajohr 2006) vorherrschte, machte es der Staatsführung offenbar unmöglich, gleichzeitig am Aufbau eines sozialistischen Nationalismus festzuhalten und, dem eigenen antifaschistischen Anspruch gemäß, tatsächlich weitreichende Lehren aus der Shoa zu ziehen (Hammerstein 2007: 26ff.).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das sozialistische Jugoslawien im ersten Nachkriegsjahrzehnt eine ambivalente Beziehung zum Judentum hatte, sich dieses jedoch vergleichsweise und mit der Zeit zunehmend frei entfalten konnte. In der DDR ist eine andere Entwicklung zu beobachten: War der gesellschaftliche Diskurs in den ersten Nachkriegsjahren noch durch einen relativen Pluralismus in Bezug auf die Fragen von Entschädigung, Zionismus etc. geprägt, verengte sich der Rahmen des Sagbaren im Zuge der Staatsgründung. Den Höhepunkt der Repression gegen Jüdinnen und Juden das Jahr 1953 dar, in dessen Folge viele Jüdinnen und Juden aus der DDR flohen und ein nicht wieder zu überbrückendes Misstrauen die Haltung der verbliebenen Jüdinnen und Juden zur Staatsführung prägte (vgl. Schlegelmilch 2014).

In Bezug auf die Ausgangsfrage nach dem Gewicht der gemeinsamen sozialistischen Weltanschauung als Faktor für die Ausgestaltung der offiziellen Erinnerungskultur ist dieses zumindest in Bezug auf die Rolle der Juden und des Gedenkens an den Holocaust zu relativieren. Gezeigt werden konnte, dass diesbezüglich national-kulturelle Spezifika von erheblicher Relevanz sind. Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn (2011: 22)

schreibt über die Geschichtspolitik extremistischer¹² Akteure, jene neutralisiere durch die Orientierung am Gemeinschafts-Kollektiv individuelle Freiheit durch die Stiftung von kollektiven Identitäten. Durch die Nutzung von Helden- und Opfererzählungen werden Konflikte um Macht, Einfluss und Ressourcen „vereinheitlicht und ihrer immanenten Widersprüchlichkeit entkleidet“ (ebd.). Extremistische Geschichtspolitik setze ein auf Mythologisierung und Heroisierung orientiertes Geschichtsbild autoritär in der Gesellschaft durch und akzeptiere keine liberale Differenzen zwischen öffentlicher Geschichtsdarstellung und privater Erinnerung (ebd.: 23). Werden SED und KPJ als in diesem Sinne extremistische Akteure betrachtet, wird Salzborns Theorie durch die vorliegende Arbeit grundsätzlich gestützt: In beiden Gesellschaften orientierte sich die Vergangenheitspolitik klar am Narrativ der heroischen kommunistischen antifaschistischen Widerstandskämpfer bzw. der Partisanen, öffentlich praktiziertes Gedenken, welches diesem Bild widersprach, war kaum möglich. Formal einbezogen wurden die jüdischen Opfer in beide Erinnerungskulturen und es kam in beiden Fällen nicht zu einer Aufarbeitung der Shoa. Dennoch wird durch die Gedenkveranstaltungen in der FVJ 1952 deutlich, dass auch eine extremistische Vergangenheitspolitik innerhalb gewisser Grenzen für Ergänzungen offen sein kann.

Anknüpfend an die Ergebnisse könnte zukünftige Forschung den Untersuchungszeitraum erweitern, um die spezifischen Entwicklungen beider Gesellschaften, weitere Unterschiede oder auch

¹² Salzborn (2011: 19) versteht an dieser Stelle Personen, Bewegungen und Parteien als extremistisch, „die – eine Ungleichheit des Menschen unterstellend – den Vorrang des Individuums im demokratischen Pluralismus ablehnen und mit antiliberaler und antiindividualistischer Intention einer kollektiven Homogenitätsvorstellung das Wort reden“.

eine mögliche Angleichung der Erinnerungspraktiken herauszuarbeiten.

Literaturverzeichnis

Alle Internetverweise wurden am 22.11.2019 zuletzt aufgerufen.

O.A. (o.J.): *Vom Spitzenkader zum „imperialistischen Agenten“.* *Paul Merkers tiefer Fall*, <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/vom-spitzenkader-zum-imperialistischen-agenten/#c5561>.

Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München.

Bachmann, Wiebke (2011): *Die UdSSR und der Nahe Osten. Zionismus, ägyptischer Antikolonialismus und sowjetische Außenpolitik bis 1956*, München.

Bajohr, Frank (2006): „Vom antijüdischen Konsens zum schlechten Gewissen. Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung 1933-1945“, in ders./Dieter Pohl, *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten*, München, S. 20-79.

Bauerkämper, Arndt (2006): *Der Faschismus in Europa 1918-1945*, Stuttgart.

Benz, Wolfgang (Hg.)(2018a): *Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel*, Berlin.

Benz, Wolfgang (2018b): „Nachwirkungen der DDR-Propaganda im Israelbild der Gegenwart“, in: ders. (2018a), S. 263-273.

Bergmann, Werner (2010): *Geschichte des Antisemitismus*, vierte Aufl., München.

Calic, Marie-Janine (2010): *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München.

Dulić, Tomislav (2006): "Mass killing in the Independent State of Croatia, 1941-1945: a case for comparative research", in: *Journal of Genocide Research* 8 (3), S. 255-281.

Fache, Thomas (2008): „DDR-Antifaschismus und das Gedenken an die Novemberpogrome 1938. Eine Lokalstudie“, in: *Medaon* 2 (2), www.medaon.de/pdf/A-Fache-2-2008.pdf.

Frank, Chaim (2010): „Antisemitism in Yugoslavia“, in: Hans-Christian Petersen/Samuel Salzborn (Hg.), *Antisemitism in Eastern Europe. History and Present in Comparison*, Frankfurt/Main u.a., S. 67-112.

Gaubert, Christian (2018): „Der Nahostkonflikt und die Wahrnehmung Israels in Kinder- und Jugendzeitschriften“, in: Benz (2018a), S. 42-73.

Gerber, Jan (2004): „Sieger der Geschichte. Auschwitz im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik der DDR“, in: AG Antifa/Antira im StuRa der Uni Halle (Hg.), *trotz und wegen Auschwitz. Antisemitismus und nationale Identität nach 1945*, Münster, S. 29-47.

Gerber, Jan (2009): *Verborgene Präsenzen. Gedächtnisgeschichte des Holocaust in der deutschsprachigen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung*, Düsseldorf.

Gibas, Monika (2009): „Ideologie und Ideologievermittlung“, in: Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling (Hg.), *Lernfeld DDR-Geschichte. Ein Handbuch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung*, Schwalbach/Ts., S. 137-149.

Graf, Philipp (2012): „'Nach Hitler wir!'. Zu Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Antifaschismus“, in: Gruppe INEX (Hg.), *Nie wieder Kommunismus? Zur linken Kritik an Stalinismus und Realsozialismus*, Münster, S.126-136.

Grimm, Marc (2019): „Antisemitismus und Pro-Israelismus in der AfD“, in: Haus der Geschichte Baden-Württembergs (Hg.): *Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart. Laupheimer Gespräche 2018*, Heidelberg, S. 99-121.

Haury, Thomas (2007): „‘Das ist Völkermord!’. Das ‚antifaschistische Deutschland‘ im Kampf gegen den ‚imperialistischen Brückenkopf Israel‘ und gegen die deutsche Vergangenheit“, in: Matthias Brosch/Michael Elm/Norman Geißler/Brigitta Elisa Simbürger/Oliver von Wrochem (Hg.), *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung*, Berlin, S. 285-300.

Haury, Thomas (2019): *Antisemitismus von Links. Facetten der Judenfeindschaft*, Berlin.

Hammerstein, Katrin (2007): „Deutsche Geschichtsbilder vom Nationalsozialismus“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (3), S. 24-30.

Heitzer, Enrico/Martin Jander/Anetta Kahane/Patrice G. Poutrus: „Neue Blicke auf die DDR. Plädoyer für einen Paradigmentwechsel in der DDR-Forschung und im DDR-Aufarbeitungsdiskurs“, in: dies. (Hg.): *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmentwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung*, Frankfurt/Main, S. 9-22.

Herbert, Ulrich (2014): *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München.

Herf, Jeffrey (2019): *Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967-1989*, Göttingen.

Hofmeisterová, Karin (2016): „Juden“, in: Kateřina Králová/Jiří Kocian/Kamil Pikal (Hg.): *Minderheiten im sozialistischen*

Jugoslawien. Brüderlichkeit und Eigenheit, Frankfurt/Main u.a., S. 253-279.

Kerenji, Emil (2008): *Jewish Citizens of Socialist Yugoslavia: Politics of a Jewish Identity in a Socialist State, 1944-1974*, https://deepblue.lib.umich.edu/bitstream/handle/2027.42/60848/ekerenji_1.pdf?sequence=1&isAllowed=y

Kerckänen, Ari (2001): *Yugoslav Jewry. Aspects of Post-World War II and Post-Yugoslav Developments*, Helsinki.

Kessler, Mario (1997): „Antisemitismus in der SED 1952/53. Verdrängung der Geschichte bis ans Ende“, in: *UTOPIE kreativ*, Nr. 85/86, S. 158-167.

Kistenmacher, Olaf (2016): *Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der Tageszeitung der KPD, „Die Rote Fahne“, während der Weimarer Republik*, Bremen.

Kloke, Martin (2019): „Ist Die Linke eine antisemitische Partei?“, in: Samuel Salzborn (Hg.): *Antisemitismus nach 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*, Baden-Baden, S. 347-366.

Krause, Christine (2006): „Das KPD-Exil in Mexiko und der Antisemitismus. Stationen einer Debatte“, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 15, S. 113-132.

Lein, Cornelia (o.J. [2005]): *Die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel, 1949-1963*, Dresden.

Madžar, Vedrana/Zorka Obrenić (2013): „Fünf Denkmäler für die jüdischen Opfer des Faschismus und Gefallene Kämpfer im Volksbefreiungskampf“, in: Madžar/Tepavčević/Obrenić (2013): 7-38.

Madžar, Vedrana/Nataša Tepavčević/Zorka Obrenić(2013): *Jüdische Identität im sozialistischen Jugoslawien, 1945-1952*, Berlin.

Markowitz, Fran (2012): "Whose Jews? Whose Bosnia? Whose Europe?", in: *Iud*, Heft 96, S. 51-73.

Meckl, Markus (2000): *Helden und Märtyrer. Der Warschauer Ghettoaufstand in der Erinnerung*, Berlin.

Meining, Stefan (2016): „Zwischen Nichtbeziehung, Feindschaft und später Annäherung: die Deutsche Demokratische Republik und Israel“, in: Olaf Glöckner/Julius H. Schoeps (Hg.): *Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme*, Hildesheim, S. 176-191.

Melčić, Dunja (2007): „Der Diskurs über die Vergangenheit in Kroatien“, in: Ulf Brunnbauer/Andreas Helmedach/Stefan Troebst (Hg.), *Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa. Festschrift für Holm Sundhaussen zum 65. Geburtstag*, München, S. 547-559.

Müller, Birgit (2008): *Erinnerungskultur in der DDR*, 26.08.2008, <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39817/erinnerungskultur-ddr?p=all>.

zur Nieden, Susanne (2003): *Unwürdige Opfer. Die Aberkennung von NS-Verfolgten in Berlin 1945 bis 1949*, Berlin.

Noll, Chaim (2009): „Juden und Judentum in der Literatur der DDR“, in: *Deutschland-Archiv* 42 (6), S. 1033-1040.

Ostow, Robin (1990): „Das Erbe des Holocaust im antifaschistischen Deutschland. Die Jüdische Gemeinde Ost-Berlins und ihre Integration in die Deutsche Demokratische Republik“, in: Werner Bergmann/Rainer Erb (Hg.), *Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945*, Opladen, S. 332-344.

Rachow, Esther (o.J. [2011]): „Es war ein Ausblick auf eine ganz andere Alternative“. *Erinnerungen jüdischer KommunistInnen an*

Remigration und Antisemitismus in der SBZ und frühen DDR (unv. Masterarbeit Freie Universität Berlin).

Radonic, Ljiljana (2004): „Holocaust und Revisionismus in Kroatien (1)“, in: *Context XXI*. (4-5), www.contextxxi.at/context/content/view/66/52/.

Radonic, Ljiljana (2008): „Vergangenheitspolitik in Kroatien – Vom Geschichtsrevisionismus zur Aufarbeitung der Vergangenheit?“, in: *zeitgeschichte* 35 (5), S. 282-297.

Salzborn, Samuel (2009): „Der Vergleich politischer Kulturen. Theorien, Konzepte und Methoden“, in: ders. (Hg.), *Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, Frankfurt/Main u.a., S. 45-60.

Salzborn, Samuel (2011): „Extremismus und Geschichtspolitik“, in: *Jahrbuch für Politik und Geschichte* 2, S. 13-25.

Schlegelmilch, Marcus (2014): „*Ausstellungsobjekte und Marionetten*“? *Das wechselseitige Verhältnis von Jüdischen Gemeinden und zu Partei und Staat in der DDR (1962-1990)* (Magisterarbeit Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg).

Schmidt, Birgit (2006): *Kein Licht auf dem Galgen. Ein Beitrag zur Diskussion um KPD/SED und Antisemitismus*, Münster.

Schreiter, Nikolai (2019): „Nicht an der Seite, an der Stelle Israels wollen sie sein. AfD, FPÖ und die Identifizierung mit dem imaginierten Angreifer“, in: *Sans Phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik*, Heft 14, S. 170-192.

Schubert, Kai (2017): „Judentum und Holocaust in sozialistischen Erinnerungskulturen. Ein Vergleich der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien mit der SBZ/DDR“, in: *Studentische Fachzeitschrift für Politikwissenschaft* (1)

Schultz, Helga (2015): „Der jugoslawische Weg“, in: Wladislaw Hedeler/Mario Keßler (Hg.), *Reformen und Reformer im Kommunismus. Für Theodor Bergmann. Eine Würdigung*, Hamburg, S. 275-290.

Sundhaussen, Holm (1995): „Das ‚Wiedererstarken der Geschichte‘ und die Juden: Antisemitismus im ehemaligen Jugoslawien“, in: Mariana Hausleitner/Monika Katz (Hg.), *Juden und Antisemitismus im östlichen Europa*, Berlin, S. 73-91.

Sundhaussen, Holm (2013): „Das Projekt Jugoslawien: Von der Wiege bis zum Grab“, in: Tomić/Zschächner/Pušćkarević et al. (2013), S. 28-45.

Tepavćević, Nataša (2013): „Grenzen der kollektiven Erinnerung – Museumsanalyse“, in: Madžar/Tepavćević/Obrenić (2013), S. 41-63.

Tomić, Đorđe/Roland Zschächner/Mara Pušćkarević/Allegra Schneider (Hg.)(2013): *Mythos Partizan. (Dis-)Kontinuitäten der jugoslawischen Linken: Geschichte, Erinnerungen und Perspektiven*, Hamburg/Münster.

Ullrich, Peter (2014): „Antisemitismus, Antizionismus und Kritik an Israel in Deutschland. Dynamiken eines diskursiven Feldes“, in: Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 23, S. 105-120.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin

e.V./Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Hg.)(2019): Problembeschreibung. Antisemitismus in Brandenburg, Berlin.

Völter, Bettina (2001): *Judentum und Kommunismus in Familien- und Lebensgeschichten. Eine Mehrgenerationenstudie zu ostdeutschen Familien jüdischer Kommunisten* (Diss. TU Berlin).

Vulesica, Marija (2006): *Juden im jugoslawischen Widerstand (1941-1945) – „Ein Kampf um Würde“*, 22.06.2006, <www.zukunft-braucht-erinnerung.de/juden-im-jugoslawischen-widerstand-1941-1945-ein-kampf-um-wuerde/> aufgerufen am 28.11.2015.

Vulesica, Marija (2009): „Kroatien“, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 9: Arbeitserziehungslager, Ghettos, Jugendschutzlager, Polizehaftlager, Sonderlager, Zigeunerlager, Zwangsarbeiterlager*, München, S. 313-336.

Vulesica, Marija (2013): „Die Ermordung der Juden in den jugoslawischen Gebieten 1941-1945“, in: Tomić/Zschächner/Pušćkarević et al. (2013), S. 91-109.

Zick, Andreas/Silke Jensen/Julia Marth/Daniela Krause/Geraldine Döring (2017): *Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Ergebnisse ausgewählter repräsentativer Umfragen. Expertise für den unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus*, Bielefeld,

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/antisemitismus/antisemitismus-expertisen.pdf;jsessionid=87C8808943E7EF647576995FA46FE00A.1_cid295?__blob=publicationFile&v=4.

Zick, Andreas/Wilhelm Berghan/Nico Mokros: „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19“, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan: *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn 2019, S. 53-116.

Bisher bei NiP erschienen:

Bd. 1

Stefan Lindecke

Leibfotograf

Pete Souza, Barack Obama und die Geschichte des „White House Photographer“.

2011

Bd. 2

Julia Brandes (Hg.)

Die Macht der Architektur

Der Kunsthistoriker Heinrich Klotz (1935-1999) als Fotograf und seine Diathek.

2011

Bd. 3

Jörg Probst

Sehen und siegen

Die Bildgeschichte der Geopolitik und die Zukunft der „Marburger Schule“.

2012

Bd.4

Thomas Noetzel

Politische Ideengeschichte als Evolutionstheorie

Mit einem Anhang: Portal Ideengeschichte – Funktionen und Perspektiven.

2012

Bd.5

Uta Elisabeth Köhler

Hegel und die Verrücktheit

Grundlegung einer Theorie der versehrten Anerkennung

2013

Bd.6

Jörg Probst, Steffen Henne (Hg.)

Die 1990er Jahre als Beginn

Bilder und Ideen einer Umbruchszeit

2013

Bd.7 (in Vorbereitung)

Thomas Noetzel

Die Macht der Scham

Bd.8

Eike Hennig

Schuld und Schuldlosigkeit

Nationalsozialismus studieren an der Universität Frankfurt a.M
oder Vergangenheitsvergegenwärtigungen um 1968

2014

Bd.9

Thomas Noetzel, Jörg Probst (Hg.)

Biographie und Politologie

Lebensdarstellungen als Wissensgeschichte politischer Ideen

2016

Bd.10

Felix Litschauer

Archäologie der Willkommenskultur

Zum Wandel eines politischen Konzepts

2017

Bd.11

Jörg Probst

„original instinct“

Populismus in der Bild- und Ideengeschichte der ästhetischen
Politik

2017

Bd.12

Nick Nestler

Memetische Bilderkämpfe

Rechtsextreme Memes – eine politische Ikonographie

2019

NiP extra

Heft 1

Ein Moment der Ruhe

Selfies von Geflüchteten mit Angela Merkel. Ein Gespräch mit dem
Fotografen Bernd von Jutrczenka

2016

Heft 2

Thomas Noetzel

ABC der Gegenwart

„Zombies“ der Politik in Stichworten
2017

Heft 3

Uwe Geese

Something to declare

Bemerkungen zum Relief am Marburger Zollamt

2018

Heft 4

Kerstin Gröger, Simone Kiebler, Jörg Probst

LebensBilder

Hilfsorganisationen über Flucht und Migration im Bild. Eine
Umfrage

2018

Impressum:

nip – neue ideengeschichtliche politikforschung,
(Hg.: Thomas Noetzel, Jörg Probst).

Bd.13:

Kai Schubert

Die Politik sozialistischer Staaten gegenüber Judentum, Holocaust und Israel.
Ein Vergleich der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien mit der SBZ/DDR
Druck: Universitätsdruckerei der Philipps-Universität Marburg.

2020